Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/992
13.05.2020

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

81. Sitzung (öffentlich)

13. Mai 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 20:00 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **9**

Der Ausschuss verständigt sich darauf, TOP 18 heute nicht zu behandeln.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die von der Fraktion der AfD beantragte Dringliche Frage (Antrag s. Anlage 1) in Verbindung mit TOP 1 (Thema: Zwischenergebnisse der „Covid-19 Case-Cluster-Study“) zu behandeln.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte Aktuelle Viertelstunde (Antrag s. Anlage 2) in Verbindung mit der von der Fraktion der SPD beantragten Aktuellen Viertelstunde (Antrag s. Anlage 3) zu behandeln.

1 Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW *(beantragt von Dr. Martin Vincentz [AfD] [s. Anlage 1])* **10**

In Verbindung mit:

Zwischenergebnisse der „Covid-19 Case-Cluster-Study“ von Professor Dr. Hendrik Streeck

– Gespräch mit Herrn Professor Dr. Streeck

2 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW *(beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])* **26**

In Verbindung mit:

Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW *(beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3])*

Mündlicher Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3441 (nachträglich erschienen)

3 Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW *(beantragt von Mehrdad Mostofizadeh [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] [s. Anlage 4])* **43**

4 Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW *(beantragt von Norwich Rüße [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] [s. Anlage 5])* **45**

5 Medizinische Versorgung von Radiopharmaka in Nordrhein-Westfalen sicherstellen! **50**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8583

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.

6 Gesetz über die Zulassung öffentlicher Spielbanken im Land Nordrhein-Westfalen (Spielbankgesetz NRW – SpielbG NRW) 51

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/8796

Ausschussprotokoll 17/983 (Anhörung vom 07.05.2020)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

7 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/958 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen in Nordrhein-Westfalen (Verhältnismäßigkeitsprüfungsgesetz – VHMPG NRW) 53

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/8797

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Europa und Internationales
Stellungnahme 17/2574
Stellungnahme 17/2581
Stellungnahme 17/2594
Stellungnahme 17/2600
Stellungnahme 17/2601
Stellungnahme 17/2605
Stellungnahme 17/2607

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum zu dem Gesetzentwurf abzugeben.

8 Nachhaltige Industriepolitik für Nordrhein-Westfalen 55

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7758

Ausschussprotokoll 17/927 (Anhörung vom 04.03.2020)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

9 Care-Arbeit in NRW sichtbar machen und besser unterstützen 57

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8765

– Verfahrensabsprache

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich pflichtig an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung zu beteiligen.

10 20 Jahre „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ – EEG Kartell endlich beenden, Verbraucher und Unternehmen entlasten! 58

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8893

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung zu beteiligen.

11 Gesetz zur Errichtung der Pflegekammer Nordrhein-Westfalen 59

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7926

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Stellungnahmen
17/2230, 17/2247, 17/2252, 17/2286
17/2301, 17/2303, 17/2305, 17/2308
17/2312, 17/2314, 17/2318, 17/2320
17/2325, 17/2326, 17/3228, 17/2330
17/2331, 17/2332, 17/2335, 17/2336
17/2337, 17/2342, 17/2344, 17/2496
17/2537, 17/2541, 17/2542, 17/2549
17/2560, 17/2561, 17/2562, 17/2563
17/2566, 17/2567, 17/2571, 17/2572
17/2573, 17/2577, 17/2578, 17/2579
17/2606

– Auswertung der schriftlichen Anhörung

– Wortbeiträge

12 Selbstbestimmung bei Intensivpflege achten – Reha- und Intensivpflege menschenrechtskonform gestalten 64

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7902

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Stellungnahme 17/2278
Stellungnahme 17/2290
Stellungnahme 17/2310
Stellungnahme 17/2354
Stellungnahme 17/2366
Stellungnahme 17/2380
Stellungnahme 17/2416
Stellungnahme 17/2512
Stellungnahme 17/2520
Stellungnahme 17/2582
Stellungnahme 17/2646
Stellungnahme 17/2648
Stellungnahme 17/2659

– Auswertung der schriftlichen Anhörung

– Wortbeiträge

13 Geplante Bonuszahlungen für Pflegekräfte *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 6])* **66**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3331

– Wortbeiträge

14 Weitere Daten zu Erkrankungen an Covid-19 und zum Infektionsschutz *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 7])* **68**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3336

– Wortbeiträge

15 Infektionsschutz in Flüchtlingsunterkünften *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])* **70**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3345

– Wortbeiträge

16 Corona-Epidemie: Auswirkungen des Betretungsverbots auf die Werkstätten für Menschen mit Behinderung *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 9])* **73**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3335

– Wortbeiträge

17 Corona-Epidemie: Situation der Inklusionsunternehmen in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 10])* **74**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3337

– Wortbeiträge

18 Gesundheits- und Infektionsschutz in der Eingliederungshilfe, in der Jugendhilfe und in Frauenhäusern *(Bericht beantragt von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 11])* **75**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3372

– wird nicht behandelt

19 Corona-Epidemie: Aktuelle Situation und Entwicklungen bei den Testverfahren auf Covid-19 *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 12])* **76**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3338

– Wortbeiträge

20 Unterstützung und Einbeziehung der Hilfsorganisationen während der Covid-19-Pandemie *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 13])* **77**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3339

– keine Wortbeiträge

21 Bericht zum Umgang mit Covid-19-Infizierten im Zusammenhang mit der Fußball Bundesliga *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 14])* **78**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

22 Bericht zur Spende von Mund-Nase-Bedeckungen aus der Türkei *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 15])* **81**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

23 Verschiedenes **82**

* * *

6 Gesetz über die Zulassung öffentlicher Spielbanken im Land Nordrhein-Westfalen (Spielbankgesetz NRW – SpielbG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/8796

Ausschussprotokoll 17/983 (Anhörung vom 07.05.2020)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, an den Innenausschuss, an den Hauptausschuss, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 11.03.2020)

Vorsitzende Heike Gebhard rekapituliert, der Ausschuss habe bereits am 25. März 2020 vorsorglich – noch vor Vorliegen eines Verfahrensbeschlusses des HFA – beschlossen, sich pflichtig an einer eventuellen Anhörung beteiligen zu wollen. Heute müssten die abschließende Beratung und Abstimmung erfolgen, da der federführende Ausschuss mit Mehrheit entschieden habe, bereits morgen seine abschließende Beratung und Abstimmung durchzuführen. Daher bleibe nicht mehr Zeit für die Beratung über Änderungsanträge. Solche lägen zur heutigen Sitzung nicht vor.

Josef Neumann (SPD) erinnert an die Anhörung, an der ein Teil der Sachverständigen per Videokonferenz teilgenommen habe. Wegen teils nicht funktionierender Technik seien manche Fragen nicht erörtert worden. Er habe daher anschließend in Absprache mit dem Ausschusssekretariat weitere Fragen an einen der Sachverständigen gestellt, zu denen die Antworten noch nicht vorlägen. Angesichts der geplanten Verabschiedung des Gesetzentwurfs im Juni stelle dies ein Problem dar. Er verstehe grundsätzlich nicht, warum mit solcher Eile ein Beschluss herbeigeführt werden solle, müssten doch noch Fragen beispielsweise in Bezug auf die Themen „Sucht“, „Stiftung Wohlfahrtspflege NRW“ und „Arbeitsplätze“ geklärt werden. Unter den momentanen Gegebenheiten könne er dem Gesetzentwurf nicht zustimmen und finde das Vorgehen unglücklich.

In anderen Bundesländern sei das Risiko bereits vom Steuerzahler auf private Betreiber übertragen worden, führt **Susanne Schneider (FDP)** aus. Für am prägnantesten halte sie die Aussage der Geschäftsführung von WestSpiel, die in ihrer Stellungnahme schreibe, dass sich die Zukunftsperspektive sowohl der Beschäftigten als auch für die Casinos insgesamt durch die Privatisierung wesentlich verbessere.

In Bezug auf die Spielsucht halte sie private Betreiber für mindestens genauso gut aufgestellt und zudem flexibler als öffentliche bzw. staatliche. Dies zeigten viele andere

Bereiche. Aus Gesprächen mit Spielerverbänden und Automatenproduzenten wisse ihre Fraktion um sehr pragmatische und gute diesbezügliche Maßnahmen.

Anders als seine Vorrednerin entnehme er der Anhörung auch Kontroversen, resümiert **Dr. Martin Vincentz (AfD).** So habe die Vertretung der Beschäftigten eine andere Auffassung als die Geschäftsführung vertreten. Aufgrund der Bedenken der Beschäftigten sowie aus den Reihen der Spielsuchtprävention lehne seine Fraktion den Gesetzentwurf in der heute vorliegenden Form ab.

Jochen Klenner (CDU) kommt auf die von Josef Neumann (SPD) thematisierte Eile zu sprechen. Der Grundsatzbeschluss liege seit zwei Jahren vor, und die Privatisierung sei in anderen Bundesländern bereits erfolgt, weshalb der Vorgang deswegen und wegen zahlreicher vorheriger Gespräche darüber wohl nichts Überraschendes berge. Eine Verzögerung könne nun nicht auf die Coronapandemie bzw. technische Schwierigkeiten eines von der CDU-Fraktion benannten Sachverständigen geschoben werden.

Als zentral sehe er den Aspekt „Spielerschutz“ an. Es überrasche schon, dass der Landesverband des Bundes Deutscher Kriminalbeamter gleich alle Spieler kriminalisiert habe. Träfe dies zu, müsse man sich doch sofort von der Beteiligung trennen. Für merkwürdig halte er außerdem das in einer Stellungnahme genannte Argument für eine Privatisierung, dass damit ein mögliches Gemauschel unterbunden werden könne.

Aus der Anhörung gehe insgesamt eindeutig hervor, dass es sich bei dem Argument, der Spielerschutz hänge von der Trägerschaft ab, um ein nicht valides handele. Dieser hänge nämlich von den dafür geltenden Regelungen und den Kontrollen, nicht aber vom Betreiber ab.

Der Koalitionsvertrag offenbare die – insbesondere auch von der FDP, namentlich Ralf Witzel (FDP) – angestrebte Richtung, meint **Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE).**

Inhaltlich vertrete der Verfassungsgerichtshof die Auffassung, dass der Staat nur dann eine Spielbank betreiben dürfe, wenn die Spielsucht nur so kanalisiert werden könne.

Vom Gesundheitsminister wisse er, dass dieser sich grundsätzlich frage, wieso der Staat einerseits Glücksspiel wegen der dort evidenten Spielsucht bekämpfe und andererseits damit Geld verdienen wolle. Nehme man diese Position ein, müsste die Angelegenheit im Haushalt anders geregelt werden.

Der Spielerschutz werde mit der geplanten Privatisierung nicht verbessert, sondern verschlechtert. Dies habe auch die Anhörung gezeigt. Seine Fraktion lehne den Gesetzentwurf daher ab.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.